



Beitrag von Alfons Velz zum Dekretentwurf
Plenarsitzung vom 25.06.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Thema: Debatte zur 1. Haushaltsanpassung 2012

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament!

Es gibt drei Dinge die uns allen - außer vielleicht dem einen oder anderen Sprecher der einen oder anderen Oppositionspartei - wenig Freude bereiten:

1. das erste dieser drei ist die europa- und weltweite Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise mit ausbleibendem Wachstum und sogar Rückgang.

Auch wenn die vielleicht noch nicht ganz bei allen kleinen und mittleren Unternehmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrer vollen Auswirkung spürbar geworden ist, so sind dafür aber die öffentlichen Haushalte in hohem Maße betroffen, auch die Finanzen der DG, welche auf der Einnahmenseite empfindliche Verluste zu verzeichnen hat.

Warum ? Nun, weil unsere Dotation in großem Maße von in den letzten Jahren sehr labilen Faktoren wie Inflation und Wirtschaftswachstum abhängt.

Und das Zusammenspiel dieser Faktoren hat sich für die Einnahmen der DG in den letzten Jahren sehr negativ ausgewirkt. Alleine im Jahre 2015 ist die DG mit Einnahmeverlusten in Höhe von 16 Millionen Euro konfrontiert. ...

2. Ein zweites unerfreuliches Paket für die Finanzen der DG hat seine Wurzeln im europäischen Regelwerk: ich rede von fünf Verordnungen und einer Richtlinie, vom sogenannten "Sixpack", das den belgischen Ministerrat Ende April dazu bewogen hat, der EU-Kommission das belgische Stabilitätsprogramm 2012 bis 2015 vorzulegen. Wenn Sixpacks im allgemeinen auch nicht als Spaßbremsen bekannt sind, so hat es dieses für die DG sehr wohl in sich, denn wir sind durch dieses Stabilitätspaket gezwungen, eine Reihe von strukturellen Einsparungen vorzunehmen, allem voran bei den Funktionskosten und bei der Gehaltsmasse.

3. Und da gibt es an dritter Stelle den Verantwortlichkeitsbeitrag, also den Anteil, den die DG für die Pensionen der Beamten des Ministeriums und des Unterrichtswesens beizusteuern hat. Dieser Beitrag war bisher eher geringfügig, er lag bei 108.000 Euro, wird sich aber bis 2015 versiebenfachen!

Wie soll man bei weniger Einnahmen ständig steigende strukturelle Ausgaben bewältigen? Ich sage bewusst "strukturell", denn schließlich wissen wir alle, dass die Kernaufgaben der DG im Dienstleistungsbereich und im Unterrichtswesen liegen und dass dort die Gehaltsmasse den Löwenanteil der Ausgaben ausmacht. Und die Gehaltsmasse wächst sozusagen von selbst - auch bei gleichbleibendem Personalstand - auch das weiß jedes Kind.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, dem Problem sinkender Einnahmen bei steigenden Ausgaben entgegen zu treten:

1. die erste Möglichkeit ist die, einfach so zu tun, als gäbe es den Einnahmenschwund gar nicht und gegen langfristige Sparmaßnahmen mobil zu machen. Wer heute dagegen Sturm läuft, dass frühzeitig umgedacht und vorausschauend strukturell eingespart wird, der befürwortet eine Politik auf Pump.

Wo eine solche Politik hinführt, dürfte in den letzten Monaten und Jahren wohl jedem deutlich geworden sein, der auch nur kurz seinen Blick auf Griechenland gerichtet hat. Es führt also kein Weg daran vorbei, den Gürtel zeitig enger zu schnallen, und daran müssen alle mitwirken.

Aber ich möchte hier betonen, dass es sich um “strukturelle”, ich könnte auch sagen “nachhaltige” Maßnahmen handeln muss. Ein panisches punktuelles Sparen, etwa durch den Abbruch des langfristig geplanten und fast abgeschlossenen Schul-Infrastrukturkarussells kann hier natürlich auch nicht die Lösung sein, wäre ja auch rechtlich und wirtschaftlich ein Ding der Unmöglichkeit.

2. Die zweite Möglichkeit, auf das Problem sinkender Einnahmen bei steigenden Ausgaben zu reagieren, wäre den Rasenmäher anzusetzen, beispielsweise indem man die Zahl der zur Verfügung stehenden Unterrichtsstunden, das sogenannte Stundenkapital kürzt, wie das vor 13 Jahren z.B. gemacht worden ist.

Dies würde genau wie damals zu Stellenabbau, also Entlassungen im Unterrichtswesen und zu übevollen Klassen bei den noch verbleibenden Lehrkräften führen. Das kann auch nicht die Lösung sein, ebenso wenig wie

beispielsweise ein undifferenziertes Zurückfahren der Funktionszuschüsse für Schulen um fünf Prozent jährlich.

Denn dann würde überall überall das Geld für dringend benötigtes didaktisches Material fehlen, wodurch das langfristig angelegte unterrichtspolitische Gesamtkonzept, dessen erste Früchte im Augenblick sichtbar werden, in Gefahr geraten würde. Die Rasenmähermethode wäre also auch keine Lösung, sondern eine unsoziale brachiale Maßnahme der Haushaltssanierung auf Kosten des Personals und der Schulentwicklung.

3. Nein, es geht auch anders. Es gibt auch eine dritte Möglichkeit: Strukturelle Einsparungen vorzunehmen, die sozial verträglich sind, keine Arbeitsplätze kosten und das Ziel des ausgeglichenen Haushalts in 2015 nicht aus den Augen verlieren. Dies ist möglich, wenn alle solidarisch mitmachen und wenn jeder seinen kleinen Teil dazu beiträgt, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben.

Die Verhandlungen im Vorfeld des Krisendekretes mit seinen Einsparungen bei der Lohnmasse im öffentlichen Dienst, das wir in drei Wochen hier debattieren werden, haben gezeigt, dass Kompromisse und solidarisches Verhalten noch möglich sind.

Ich werde jetzt nicht näher darauf eingehen, dazu wird es in drei Wochen sicher genug Gelegenheit geben, nur eines möchte ich vorweg vermerken: ein Blick über die Sprachengrenze einerseits oder über die Staatsgrenze andererseits genügt, um zu zeigen, dass viele, die immer wieder lauthals verkündet haben, dass gerade in Krisenzeiten in Bildung und Ausbildung investiert werden müsse, genau das Gegenteil tun: in einigen unserer unmittelbaren Nachbarregionen werden zurzeit tausende Lehrerstellen abgebaut.

Ach ja, ich höre sie schon, die Kritik: man wird mir vorwerfen, dass ich als Parlamentarier der Mehrheit überhaupt nicht anders könne als die Haushaltspolitik dieser Regierung zu loben. Überhaupt seien wir Mehrheitsparlamentarier nicht frei, wir seien nur der verlängerte Arm der Regierung.

Nun gut, diese Anwürfe hören wir immer wieder, aber eine falsche Behauptung wird nicht deshalb richtig, weil sie immer wieder wiederholt wird.

Das gilt übrigens nicht nur für diese Vorwürfe, sondern in besonderem Maße für das immer wieder – so auch heute wieder - aufgegriffene und gezielt verbreitete Ammenmärchen vom angeblichen Prunk- und Prestigebau Sanatorium.

Gerade jetzt zur Haushaltsdebatte und zu Sparzeiten werfen verschiedene Kollegen dieses Hauses ja wieder mal fleißig mit den bekannten populistischen Nebelkerzen um sich.

- Nebelkerze Nr 1: Die Damen und Herren aus diesem Hause, die immer wieder von Prestigebau reden, wissen nämlich ganz genau, dass das NICHT so ist, weil sie Einblick in jedes Detail der Planungen und in alle Unterlagen und Ausschreibungen haben - bis hin zum Einzelpreis für jede Steckdose und jeden Wasserhahn oder jeden Computeranschluss, der dort eingebaut wird.
- Nebelkerze Nr. 2: Die Damen und Herren aus diesem Hause, die vom Prunkbau Sanatorium reden, verschweigen bewusst, dass dort ein ganz normaler Bau saniert wird, und zwar zu einem Quadratmeterpreis der gerade

mal zwei Drittel des QMPreises ausmacht, den man heutzutage in Bütgenbach, Sankt Vith oder Kettenis für ein einfaches Appartement bezahlen muss.

- Nebelkerze Nr. 3: noch etwas verschweigen diese Damen und Herren ganz bewusst: dass nur der Wegzug des Parlamentes zum Sanatorium endlich den Raum frei macht, den das Staatsarchiv hier am Kaperberg dringend benötigt. Aber was viel wichtiger ist und von einigen gerne verschwiegen wird, ist Folgendes: NUR weil das Parlament wegzieht, kann die PDS den dringend benötigten Neubau auf dem Parkplatz des Parlamentes errichten, und auch das wiederum mit 80prozentiger Unterstützung durch die DG.

Ich weiß, dass ich hier Dinge wiederhole, aber ich weiß auch aus meiner langen Lehrtätigkeit, dass man das tun muss. Ich habe gelernt, immer wieder mit viel Geduld viele Dinge zu wiederholen und auf neue Art zu erklären. Und offensichtlich besteht auch bei einigen Kollegen dieses Hauses noch dieser Erklärungsbedarf – das schlussfolgere ich aus ihren öffentlichen Aussagen.

Auch auf das ewige Klagelied, die Gemeinden würden zur Ader gelassen und müssten für die desolate Finanzpolitik der DG bluten, möchte ich hier nicht allzu tief eingehen, weil das vor einigen Wochen Thema einer Interpellation meiner Fraktionskollegin Lydia Klinkenberg war.

Nur einige Fakten möchte ich hier kurz aufgreifen:

- In den Gemeinden weiß man sehr wohl, dass das, was ihre Gemeinde von der DG erhält, zwischen 20 und 34 Prozent ihrer Gesamteinnahmen ausmacht.
- Sie wissen auch, dass die Gemeindedotation seit 2008 bis 2012 um rund drei Millionen Euro jährlich gestiegen ist, nämlich von 18,9 Mio auf 21,8 Millionen.
- Sie wissen auch, dass die DG den Gemeinden etwa 2 Millionen Euro mehr weiterreicht als die DG von der WR zu diesem Zweck erhält.
- Sie wissen auch, dass die Gemeindedotation trotz Sparmaßnahmen weiter ansteigen wird.

Sie wissen auch, dass die vielbeklagte angebliche Kürzung der Wegebautotation gar keine Kürzung ist, sondern eine wegen Sparzwängen ein wenig in die Länge gezogene Erhöhung.

Und deshalb ist das Getöse um diese etwas gestreckte Erhöhung der Wegebautotation ja völlig deplaziert und überzogen. Auf die Gesamthaushalte bezogen, macht die Wegebautotation nämlich je nach Gemeinde maximal 1,6 Prozent aus.

Aber wie dem auch sei: Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wenn Sie uns, den Parlamentariern der Mehrheit schon keinen Glauben schenken wollen, dann beschäftigen Sie sich doch noch einmal intensiv mit dem, was die Vertreter des Rechnungshofes am 21. Mai hier in diesem Hause zu der ersten Haushaltsanpassung 2012 gesagt haben.

Wenn Sie nicht anwesend waren, dann lesen Sie sich doch den diesbezüglichen Bericht, Dokument 5 Nummer 2, noch einmal in Ruhe durch. Vielleicht glauben Sie den Vertretern des Rechnungshofes ja eher als

uns, ich darf doch wohl annehmen, dass Sie diese nicht als verlängerte Arme der Regierung der DG ansehen.

Der Bericht des Rechnungshofes stellt der Regierung in allen angesprochenen Punkten ein gutes Zeugnis aus. Vor allem wird deutlich darauf hingewiesen, dass der Haushalt auf vorsichtigen Schätzungen beruht, die teilweise weit unter den eher optimistischen Prognosen liegen, die das Planbüro als Richtwert vorgegeben hatte. Der Regierung wird ein umsichtiges Verhalten bescheinigt und der Verwaltung der DG wird bescheinigt, dass sie zusammen mit den Vertretern des Rechnungshofes kontinuierlich an weiteren Verbesserungen zur genauen Anwendung des Haushaltsrechtes arbeitet.

Das alles leitet ProDG zu der Schlussfolgerung, dass die Regierung – im Gegensatz zu dem, was vielen aus einer früheren Koalition Ende der Neunziger in schlechter Erinnerung geblieben ist, mit Krisen und den Sparzwängen umsichtig und sozialverträglich umgeht.

Sie ist zwar durch die Einnahmeverluste zu unpopulären Sparmaßnahmen gezwungen, die alle Bereiche des öffentlichen Dienstes der DG betreffen, aber immerhin ist es ihr bisher gelungen, nicht eine einzige der rund viertausend Arbeitsstellen, für die sie verantwortlich zeichnet, streichen zu müssen.

Die ProDG-Fraktion erwartet von dieser Regierung auch zukünftig umsichtiges Handeln und spricht ihr für die erste Anpassung des Haushaltes 2012 das Vertrauen aus.

Die ProDG wird also diesem Dekret zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit